



Antisemitismus in Österreich 1933–1938

Gertrude Enderle-Burcel
Ilse Reiter-Zatloukal (Hg.)



Gertrude Enderle-Burcel
Ilse Reiter-Zatloukal (Hg.)

Antisemitismus in Österreich 1933–1938

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR



Publiziert mit der Unterstützung durch:

Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus
Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Wissenschaft und Forschung
Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Amt der Salzburger Landesregierung
Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Kultur
MA 7, Kulturabteilung der Stadt Wien, Wissenschafts- und Forschungsförderung
Verein der Freunde der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien
Zukunftsfonds der Republik Österreich (Projekt P 14-1897)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2018 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien, Kölblgasse 8–10, A-1030 Wien
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Titelbild der sozialdemokratischen Zeitschrift „Der Kuckuck“, 19. März 1933.
© ÖNB/ANNO.

Korrektur: Claudia Holtermann, Bonn
Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Michael Rauscher, Wien

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-205-23244-5

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	13
Heinz Fischer Geleitwort	15
Gertrude Enderle-Burcel/Ilse Reiter-Zatloukal Einleitende Streiflichter	17
 GRUNDLAGEN	
Thomas Albrich Vom Antijudaismus zum Antisemitismus in Österreich. Von den Anfängen bis Ende der 1920er Jahre	37
Stefan Schima Der Antisemitismus vor dem Hintergrund der österreichischen Rechtsentwicklung bis 1918	61
Ewald Wiederin Jüdische Bevölkerung und verfassungsrechtliche Lage 1918 bis 1938	97
Peter Melichar Juden zählen. Über die Bedeutung der Zahl im Antisemitismus	111
Andreas Weigl Zahlen – Daten – Fakten. Die jüdische Bevölkerung der Republik Österreich 1933 bis 1938 in der Statistik	135
 POLITIK UND RELIGION	
Alexandra Neubauer-Czettl Juden – (k)ein Thema im Ministerrat?	153

Helmut Wohnout	
Politischer Katholizismus und Antisemitismus	167
Florian Wenninger	
»... für das ganze christliche Volk eine Frage auf Leben und Tod«. Anmerkungen zu Wesen und Bedeutung des christlichsozialen Antisemitismus bis 1934	195
Rupert Klieber	
Katholischer Antisemitismus im »Christlichen Ständestaat« zwischen theologischen Prämissen und kirchlichem Antimodernismus	237
Astrid Schweighofer	
Evangelischer Antisemitismus im Österreich der Zwischenkriegszeit	259
Angelika Königseder	
Antisemitismus und Heimwehren	277
Emmerich Tálos	
Antisemitismus und Vaterländische Front	285
Michael Wladika	
»Wir sind freiheitlich gesinnt und Judegegner«. Der (Rassen-)Antisemitismus der Großdeutschen Volkspartei	291
Hanno Scheuch	
Der Landbund für Österreich. Antisemitismus ohne Juden?	331
Kurt Bauer	
Nationalsozialistischer Antisemitismus in der Illegalität	349
Margit Reiter	
Die österreichische Sozialdemokratie und Antisemitismus. Politische Kampfansage mit Ambivalenzen	361
Johanna Gehmacher	
Im Rahmen des Sagbaren. Kontinuitäten der Geschlechterpolitik des Antisemitismus	381

KUNST UND KULTUR

Anita Mayer-Hirzberger

»... eine Angelegenheit hinter verschlossenen Türen«. Zum Antisemitismus im Musikleben zur Zeit des Austrofaschismus 397

Konstantin Kaiser

»Ständestaat« und Antisemitismus in der Literatur 415

Susanne Blumesberger

Antisemitische Strömungen in österreichischer Kinder- und Jugendliteratur im Zeitraum 1933 bis 1938. Vorbereitungen und Gegenbewegungen 427

Birgit Peter

Antisemitismus und Theater. Über Stereotypisierungen und Widerstand 443

Martina Cuba

Joseph Gregor, ambivalenter Sammler und Bibliothekar. Erwerbungspolitik in der Theatersammlung der Nationalbibliothek Wien von 1933 bis 1938 . . . 451

Murray G. Hall

»Und wenn es nicht auf gesetzlichem Wege gehen sollte, diese Parasiten zu vertreiben ...«. Das antisemitische Programm eines Grazer Verlags 465

Christina Köstner-Pemsel

Das Vorspiel. Wissenschaftliche Bibliotheken in Österreich zwischen 1933 und 1938 479

Christian H. Stifter

Antisemitismus und Volksbildung vor 1938 – ein Ausschlussverhältnis? 487

Matthias Marschik

»... Herr Jud' zu sagen«. Antisemitismus im österreichischen Sport 1933 bis 1938. Ein Forschungsüberblick 509

WIRTSCHAFT UND BERUFE**Stefan Eminger**

»Christen, kauft bei Christen!«. Antisemitismus im Gewerbe 1933 bis 1938 . . . 537

Marie-Theres Arnbom

»Judengeld ist eben doch auch Geld«. Antisemitismus und Fremdenverkehr . . . 555

Gertrude Enderle-Burcel

Antisemitismus am Beispiel der Spitzenbeamten 571

Stefan SpevakSchule und Antisemitismus in den Akten des Wiener Stadtschulrates
1933 bis 1938 587**Ursula Schwarz**Antisemitismus am Beispiel der Personalpolitik bei Richtern und
Staatsanwälten 1933 bis 1938 621**Erwin A. Schmidl**Das Erbe einer übernationalen Armee im Zeitalter des Nationalismus.
Das Bundesheer und seine jüdischen Soldaten 633**Ilse Reiter-Zatloukal**»Bodenständigkeit« vs. »Verjudung«. Antisemitismus in der Ärzteschaft
1918 bis 1938 649**Otmar Seemann**Zahnbehandler 1933 bis 1938. Jüdische Zahnärzte im Wettstreit mit
christlichen Zahntechnikern 683**Ilse Reiter-Zatloukal**»Volksfremde Elemente im Anwaltsberuf«. Antisemitismus und Advokatur
1918 bis 1938 695

WISSENSCHAFT

Kamila Staudigl-Ciechowicz

Zum rechtlichen Rahmen für die Personalpolitik an den österreichischen
Universitäten im Austrofaschismus 731

Linda Erker/Klaus Taschwer

»Eine wirklich befriedigende Lösung der Judenfrage!«. Antisemitische
Personalpolitik an der Universität Wien vor und nach 1933 751

Klaus Taschwer

Braun-schwarze Beziehungsgeflechte. Zur Bedeutung antisemitischer
Netzwerke im akademischen Milieu der Zwischenkriegszeit und zu ihren
Nachwirkungen nach 1938 und 1945 769

Linda Erker

Studierende der Universität Wien und ihr Antisemitismus in der
Zwischenkriegszeit 785

Peter Goller/Martin Urmann

Antisemitismus an der Universität Innsbruck. Vom »Waidhofener Prinzip«
zum »Ständestaat« (1896 bis 1938) 807

Johannes Koll

»Die Vernichtung der jüdischen Lehr- und Lerntätigkeit«. Antisemitismus an den wissenschaftlichen Hochschulen in Wien bis zum
»Anschluss« Österreichs 823

Tamara Ehs

Außeruniversitäre Wissenschaft. Verdrängt seit 1365 851

BUNDESLÄNDER

Gerhard Baumgartner

Antisemitismus im Burgenland vor 1938 869

Christian Klösch Antisemitismus in Kärnten 1933 bis 1938 mit zwei Beispielen aus der Bezirksstadt Wolfsberg	885
Christoph Lind »... das rasche Anwachsen des Hakenkreuzlertums ...«. Antisemitismus in Niederösterreich 1933 bis 1938	897
Christoph Ebner Antisemitismus im Oberösterreich der Zwischenkriegszeit	913
Gert Kerschbaumer Festspielstadt Salzburg: weltoffen und antisemitisch	931
Dieter A. Binder »Jetzt kommt der Jud im Steireranzug!«. Zum Antisemitismus in der Steiermark 1933 bis 1938	943
Niko Hofinger Antisemitismus in Tirol 1933 bis 1938. Gedankenspiele und Fakten zu einer fast unveröffentlichten Normalität	953
Nikolaus Hagen Antisemitismus in Vorarlberg 1933 bis 1938	963
Christian Mertens Von »anständigen« und »zersetzenden« Juden. Antisemitische Theorie und Praxis in der bundesunmittelbaren Stadt Wien	977
JUSTIZ	
Christiane Rothländer »... daß die Justiz in Österreich zur Dirne geworden ist«. Offener Antisemitismus in der Alltagsjustiz Anfang der 1930er Jahre	991

Gabriele Schneider

Antisemitismus in der Alltagsjustiz zwischen Juliabkommen 1936 und
»Anschluss« 1938 1001

MIKROGESCHICHTLICHES

Hanns Haas

Juden im »Ständestaat« am Beispiel des politischen Bezirkes
Horn/Niederösterreich 1023

Peter Melichar

Otto Ender und die Juden – ein Fall für die Antisemitismusforschung? 1061

JÜDISCHE POSITIONEN

Georg Gaugusch

Der Antisemitismus im Großbürgertum 1085

Waltraud Heindl

Otto Weininger. Ein Fall von jüdischem Antisemitismus? 1099

Doron Rabinovici

Angesichts von Hass und Hetze. Jüdische Strategien gegen den
Antisemitismus 1111

Autorinnen und Autoren 1127

Personenregister 1151

Vorwort

Der vorliegende Sammelband geht auf die gleichnamige Konferenz zurück, die von 23. bis 26. März 2015 am Juridicum Wien unter dem Ehrenschutz des Herrn Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer mit weit über den Erwartungen liegenden TeilnehmerInnenzahlen stattfand (<https://antisemitismus1933-1938.univie.ac.at/>). Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der unterschiedlichsten Fachrichtungen konnten für Vorträge gewonnen werden, viele Persönlichkeiten auch außerhalb des engeren Wissenschaftsbetriebs für die Vorsitzführung und Moderation der verschiedenen Panels. Die Beiträge der meisten Vortragenden liegen nun auch in gedruckter Form vor. Darüber hinaus konnten einzelne Vortrags- oder Publikationsabsagen durch andere AutorInnen ersetzt werden.

Unser Dank gilt in erster Linie allen Vortragenden und AutorInnen für ihre Beiträge und die Geduld mit dem Publikationsprojekt, das aufgrund der großen Zahl der Beteiligten mehr Zeit in Anspruch nahm als erwartet. Zu besonderem Dank verpflichtet sind wir aber auch den Sponsoren der Konferenz (Zukunftsfonds der Republik Österreich, Projekt Nr. P14-1897 und Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien) und der Drucklegung (Zukunftsfonds der Republik Österreich, Nationalfonds der Republik Österreich, Kulturabteilung der Stadt Wien, Amt der Tiroler Landesregierung, Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, Amt der Salzburger Landesregierung, Verein der Freunde der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien). Nicht zuletzt danken wir Dr.ⁱⁿ Ursula Huber vom Böhlau-Verlag für die angenehme Zusammenarbeit und geduldige Betreuung des Bandes.

Gertrude Enderle-Burcel & Ilse Reiter-Zatloukal
Wien, im Januar 2018

Heinz Fischer

Geleitwort

Die vorliegende Publikation »Antisemitismus in Österreich 1933 bis 1938« basiert auf einer viertägigen Veranstaltung mit gleichem Titel im Juridicum der Universität Wien. Es ist den beiden Organisatorinnen der Tagung, Gertrude Enderle-Burcel und Ilse Reiter-Zatloukal gelungen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der unterschiedlichsten Fachrichtungen zur Mitarbeit zu gewinnen. Das Hauptinteresse lag dabei nicht so sehr auf dem offen gezeigten und praktizierten Antisemitismus, sondern der Forschungsschwerpunkt wurde primär auf den »versteckten Antisemitismus« gelenkt, wie es Bruce Pauley schon vor Jahren formulierte.

Es ist das besondere Verdienst der beiden Wissenschaftlerinnen und der eingeladenen Kolleginnen und Kollegen, dass es gelungen ist, diesen unterschweligen Antisemitismus in der österreichischen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit erfahrbar zu machen, da er sich quellenmäßig oft nur sehr schwer nachweisen lässt – dafür aber umso bösartiger und gefährlicher ist.

Diese Spurensuche führt in alle Lebensbereiche und zeigt die Aktualität der Einschätzung des Zeithistorikers Karl Stuhlpfarrer, der in den 1990er Jahren knapp und präzise formulierte: »Die Politik der antisemitischen Kräfte war darauf gerichtet, die Juden in Österreich zu dissimilieren, sie mit Gewalt auch gegen ihren Willen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet von der übrigen Bevölkerung abzusondern und ihnen jede Möglichkeit politischer Sozialisation als integrierender Teil des gesellschaftlichen und politischen Lebens der österreichischen Bevölkerung zu nehmen.« Er kam zu dem Schluss: »dass der Antisemitismus nicht durch das NS-Herrschaftssystem importiert wurde, sondern, dass er autochthonen Charakter hatte.« Was aber nichts daran ändert, dass es der Nationalsozialismus war, der den Antisemitismus und Judenhass bis zum millionenfachen Mord und zum Holocaust steigerte.

Der Aufbau des vorliegenden Bandes ist bestimmt von diesen beiden Forschungsansätzen – den »versteckten Antisemitismus« aufzuspüren und den »autochthonen Charakter des Antisemitismus in Österreich« zu belegen.

Die Beiträge im Sammelband zeigen die Vielfalt an möglichen wissenschaftlichen Zugängen. In großen Themenblöcken werden allgemeine einführende Beiträge, Beiträge zur Regierungspolitik, zur Haltung von Verbänden, Parteien und Religionsgesellschaften, zu wirtschaftlichen Diskriminierungen und zu Antisemitismus im Kultur- und Bildungsbereich sowie in der Wissenschaft behandelt. Auch der Antise-

mitismus in den Bundesländern und der offene Antisemitismus in den 1930er Jahren werden thematisiert. Die Haltung der Israelitischen Kultusgemeinde und der jüdische Antisemitismus ergänzen die Themenliste.

Der Sammelband gibt einen umfassenden Überblick zum bisherigen Forschungsstand, bringt aktuelle Forschungsergebnisse, setzt sich aber auch mit den immer noch bestehenden Forschungslücken auseinander und liefert Antworten auf die Fragen nach dem antisemitischen Milieu in Österreich in den Jahren vor 1938. Es werden damit auch wichtige neue Erkenntnisse für die nach wie vor umstrittene Einstufung des Dollfuß/Schuschnigg-Regimes im Spektrum der europäischen Faschismen vorgelegt.

Es gebührt den Herausgeberinnen zweifellos das große Verdienst, einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Geschichte der Ersten Republik geleistet und neue Akzente in der vielschichtigen Diskussion gesetzt zu haben.

Heinz Fischer

Gertrude Enderle-Burcel/Ilse Reiter-Zatloukal

Einleitende Streiflichter

Die vielfältigen Formen des Antisemitismus im Österreich der 1930er Jahre möglichst umfassend nach dem derzeitigen Stand der Forschung aufzuzeigen, war ein vorrangiges Ziel der 2015 veranstalteten gleichnamigen Konferenz. So liefern die Beiträge einen repräsentativen Einblick in die Forschungslage und zeigen mit aller Deutlichkeit, was in der österreichischen Gesellschaft in den Jahren vor dem »Anschluss« an Möglichkeiten erwogen und was tatsächlich geduldet oder betrieben wurde. Der weite Themenansatz ermöglicht es, der Fachkollegenschaft und einer breiten Öffentlichkeit den aktuellen Erkenntnisstand in diesem Sammelband übersichtlich aufzuzeigen. Je nach Forschungslage schwankt die Länge der Beiträge. Inhaltlich reicht die Bandbreite von skizzenhaften Annäherungen an die Themen bis hin zu detailreichen und auf neuesten Forschungen beruhenden Studien. Die Beiträge gehen so vielfach weit über die ursprüngliche Absicht der Herausgeberinnen hinaus, die aktuelle Forschungslage und wissenschaftliche Desiderate überblicksartig aufzuzeigen. Sie bieten vielfach auch neueste Erkenntnisse, die oft erst im Umfeld der Tagung initiiert wurden. Der Sammelband stellt so den Versuch dar, dem nicht so offen sichtbaren Antisemitismus des »Ständestaates« auf die Spur zu kommen und bietet in seiner Themenbreite eine neue Qualität in der Forschungslandschaft. Angesichts der Fülle der Beiträge können diese hier freilich nicht einzeln vorgestellt werden, sondern es werden im Folgenden streiflichtartig Querverbindungen zwischen denselben herausgestellt.

Der Begriff »Antisemitismus«

Antisemitismus – dies zeigt auch die vorliegende Publikation in aller Deutlichkeit – ist ein Sammelbegriff, der sehr viele Strömungen vereinigt und sich durch die Jahrhunderte veränderte. Nach Wolfgang Benz meint Antisemitismus »im modernen Sprachgebrauch die Gesamtheit jüdenfeindlicher Äußerungen, Tendenzen, Ressentiments, Haltungen und Handlungen unabhängig von ihren religiösen, rassistischen, sozialen oder sonstigen Motiven«. ¹ Die Mehrzahl der Beiträge liefert Beispiele für die Vielfalt

1 BENZ 2001, 129.

möglicher Ausrichtungen von Antisemitismus in den 1930er Jahren in Österreich. Bewusst einbezogen wurden aber in die Konzeption der Tagung und damit des Sammelbands auch Themen, welche die Entwicklungsstränge seit dem Mittelalter oder die besonderen Erscheinungsformen im 19. Jahrhundert aufzeigen. Einige Beiträge stellen darüber hinaus wichtige Verknüpfungen zu den antisemitischen Strömungen nach 1945 her. Durchgehend wird jedoch von den AutorInnen der zeitliche Fokus auf die 1930er Jahre gelegt und damit ein Antisemitismus aufgezeigt, der schon lange vor der nationalsozialistischen Rassenideologie vielfältige Ausformungen entwickelte. Zur Verdeutlichung seien hier nur einige Beispiele angeführt. Bei Albrich wird der Weg vom Antijudaismus zum modernen rassistischen Antisemitismus nachgezeichnet, wobei im Bereich der katholischen Kirche die Grenzen zwischen »religiösem« und »rassischem« Antisemitismus verschwammen, eine Einschätzung, zu der auch Klösch kommt: »katholischer Antijudaismus, ständestaatlicher Antisemitismus und der Rassenantisemitismus der Nazis gingen in den 1930er Jahren fließend ineinander über und rechtfertigten sich gegenseitig.« Kerschbaumer bezeichnet den Antijudaismus als »Unterfutter des modernen Rassenantisemitismus«. Wenninger sieht hinter dem konfessionell motivierten Antisemitismus stets den Rassismus, und für ihn ist seit dem 19. Jahrhundert zwischen theologischem, ökonomischem und rassistischem Antisemitismus nicht mehr klar zu unterscheiden. Auf die Rechtfertigung eines »geistig-ethischen« Antisemitismus der Tat geht Klieber ein. Albrich wiederum bezeichnet die unscharfen Differenzierungsversuche in »religiös«, »wirtschaftlich«, »nationalistisch« oder rassistisch« als fragwürdig.

In vielen Beiträgen werden dazu Ausdrücke aus dem alltäglichen Antisemitismus aufgezeigt wie »Notwehrantisemitismus«, »Tatantisemitismus«, »Abwehrantisemitismus« oder »Sommerfrischen-Antisemitismus«. Der Beitrag von Heindl thematisiert an Hand der Biographie von Otto Weininger die Möglichkeit eines jüdischen Antisemitismus. Antisemitismus findet sich häufig in Verbindung mit Antisozialismus bzw. Antibolschewismus (Eminger, Haas), Antimarxismus und Antimodernismus (Hagen, Klösch, Klieber, Melichar, Stifter, Wenninger), aber auch mit Antifeminismus (Heindl). Als vertrauter kultureller Code² wurde er »zu einer Haltung, einem Prinzip, das unbeeindruckt von den realen Ausformungen jüdischen Lebens aufrechterhalten wurde« (Albrich). Antisemitismus findet sich aber, wie die Beiträge dokumentieren, auch unabhängig vom konkreten Vorhandensein von Juden, also unabhängig von der realen Erfahrung (Albrich, Bauer, Ebner, Hagen, Scheuch).

Die Beiträge kommen übereinstimmend immer wieder zum Ergebnis, dass der Antisemitismus in Österreich in den Jahren 1933 bis 1938 in vielen Bereichen nicht of-

2 VOLKOV 2000.

fen zum Tragen kam. »Schleichender« Antisemitismus, »kaschierter Antisemitismus« oder »verdeckter«, »auf die Hinterbühne« verlagertes, »verlogener« Antisemitismus, Antisemitismus »in latenter, subtiler Form«, »subkutan«, »Gummisohlen-Antisemitismus« oder »auf inoffizieller Ebene wirksam«, dies sind die – zum Teil zeitgenössische Bezeichnungen einbeziehenden – Einschätzungen der AutorInnen, die zeigen, dass es sich beim Antisemitismus im Austrofaschismus nicht um eine »harmlose« oder »gemütliche« Spielart (Wenninger) handelte. Die Ausformung eines autochthonen Antisemitismus (Ehs, Wladika) – senkte die Hemmschwelle und war Wegbereiter für den brutalen Vernichtungsantisemitismus des Nationalsozialismus – so die durchgehende Analyse in den Beiträgen.

Zahlen und Statistiken

»Juden zählen« (Melichar) zieht sich wie ein roter Faden durch alle Antisemitismen. Das Zählen ging stets Hand in Hand mit der Unterstellung einer jüdischen Identität unter Aberkennung subjektiver Bekenntnisse. Die Frage, was ein Jude sei, scheiterte an der fehlenden sicheren Identifikationsmöglichkeit. Im Zweifelsfall führte es zur »Judenriecherei«, einer intuitiven Identifizierung. Ein entpersonalisiertes Feindbild »der Jude« wurde geschaffen, eine verhältnismäßig kleine Zahl von Juden mit einschlägigem Vokabular prototypisch aufgebläht, wie man am Beispiel der »großen Zahl jüdischer Neureicher« sehen kann (Melichar).

Konkrete Zahlen wurden in Österreich bei der Volkszählung 1934 erhoben (Weigl). Bei dieser war für die Zählung die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft ausschlaggebend und nicht die »Volkszugehörigkeit«. Die Regierung hätte zwar gerne alle Juden erfasst, doch konnte keine passende Formulierung gefunden werden, welche die angestrebte bewusste Abgrenzung zu den Nationalsozialisten zum Ausdruck gebracht hätte. Neben den statistisch erhobenen Zahlen bei Weigl finden sich auch immer wieder in Einzelbeiträge konkrete Zahlen wie etwa bei Albrich im Zusammenhang mit Antisemitismus auf dem Lande, bei Ehs zur Anzahl aller Studierenden mit jüdischer Herkunft in Wien, bei Ebner zur Lage in Oberösterreich, bei Hagen zu Vorarlberg, bei Scheuch zu den Nationalratswahlen 1927 in den Bundesländern, bei Stifter zu den Vortragenden in der Volksbildung, bei Schwarz zu den Richtern, bei Reiter-Zatloukal zu den ÄrztInnen und AnwältInnen und bei Klösch zur Gemeinde Wolfsberg. Die Zahl von Juden wurde von den Zeitgenossen aus den unterschiedlichsten Motiven und zu den unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen erhoben, oft verzerrt und selten korrekt angegeben, wie die AutorInnen deutlich machen. Die Beiträge von Schmidl und Weigl thematisieren auch die Lücken im

statistischen Material. Unabhängig von allem Zählen gibt es freilich durchgehend das Phänomen des Antisemitismus ohne Juden. Dabei handelt es sich um einen von der realen Erfahrung unabhängigen Antisemitismus – besonders gut dokumentiert in den Bundesländern (Ebner, Hagen).

Stereotypen

Durchgehend werden in den Beiträgen gängige antisemitische Stereotypen aufgedeckt und im jeweiligen thematischen Umfeld problematisiert. Beschuldigungen hinsichtlich Gottesmord, Ritualmord und Hostienschändung gehören zu den klassischen Stereotypen. Die Juden wurden etwa als »Kaftanjuden« sowie als »Fremdvolk« im Gegensatz zum »Wirtsvolk« bezeichnet und ausgegrenzt (Erker, Ehs, Klösch, Koll, Königseder, Wladika). Eine besondere Stellung in der antisemitischen Agitation nahmen die »Ostjuden« ein, die während des Ersten Weltkrieges und danach von Galizien und der Bukowina nach Wien gekommen waren. Sie standen im Mittelpunkt von jüdenfeindlicher Hetze, stets verbunden mit abwertenden Adjektiven (Albrich, Ebner, Ehs, Eminger, Erker, Goller, Marschik, Reiter, Stifter, Reiter-Zatloukal), und für sie wurde auch bereits die Anhaltung in Lagern erwogen. Die ausführlichste Darstellung der Thematik findet sich im Beitrag zum Antisemitismus in der Großdeutschen Partei (Wladika).

Weiters wurde die Stereotype des reichen, bürgerlichen Juden konstruiert: der »Schmarotzer«, der »Kriegsgewinnler«, »Spekulant und Geschäftemacher«, der »jüdische Großkapitalist«, der »jüdische Schmutzkonkurrent« usw. und der Gegensatz von »jüdisch-raffendem« zum »christlich-schaffendem« Kapital (Eminger). Die Juden sah man als »verschwörerische Gruppe«, gekennzeichnet durch »jüdische Wuchergesinnung« und »freches jüdisches Treiben« (Neubauer-Czettl). »Jüdische Unrast« (Wenninger) wurde als Chiffre für als subversiv eingestufte Aktivitäten verwendet – wie etwa liberale, freidenkerische, sozialistische oder freimaurerische Ideen. Das Adjektiv »zersetzend« findet sich im Zusammenhang mit dem Judentum sogar im christlichsozialen Parteiprogramm. Es kam überdies zu einer Gleichsetzung von Juden mit der »bolschewistischen Gefahr« (Haas). In der NS-Propaganda wurden Juden dann als »Dunkelmänner, Einflüsterer und Drahtzieher« dargestellt (Bauer). Daneben gibt es die Stereotype des »jüdischen Verführers und Vergewaltigers unschuldiger arischer Mädchen« (Gehmacher).

Angesichts der vielfältigen Formen, die der Antisemitismus annahm, und der Stereotypen mit denen er agierte, können – wie Albrich am Beginn seines Beitrages feststellt – die Differenzierungsversuche in »religiös«, »wirtschaftlich«, »nationalistisch«, oder »rassistisch« motiviert, nur als fragwürdig bezeichnet werden.

Rechtslage

Gesetzliche Normen trugen jahrhundertlang wesentlich zur Diskriminierung und Ausgrenzung der Juden aus der Gesellschaft bei. Das Verbot von Eheschließungen mit Nichtjuden, das Gebot des Tragens von besonderer Kleidung, ökonomische Einschränkungen wie etwa das Verbot von Grundbesitz oder die Zuweisung von Familiennamen udgl. (Schima) gehörten zum einschlägigen rechtlichen Instrumentarium. Viele Beiträge weisen die Bedeutung der 1848er-Revolution und der anschließenden Verfassungsentwicklungen, darunter v. a. des Staatsgrundgesetzes 1867, für das jüdische Leben aus (Albrich, Ebner, Eminger, Gaugusch, Klösch, Lind, Schneider, Spevak, Reiter-Zatloukal). Die rechtlichen Rahmenbedingungen des 19. Jahrhunderts brachten auch tatsächlich Verbesserungen im Schul- und Vereinswesen sowie im Berufs- und Wirtschaftsleben, doch fanden faktische Exklusion und Diskriminierung damit keineswegs ein Ende. Der Rückblick auf die Monarchie fällt bei den einzelnen AutorInnen freilich recht unterschiedlich aus. Ebner kommt etwa zum Schluss, dass der Antisemitismus auf dem Gebiet des späteren Oberösterreich in der Monarchie stärker als in der Zeit unmittelbar danach war, während für Lind die Monarchie trotz antisemitischer Anfeindungen eine goldene Ära darstellte. Für Gehmacher bildete sich schon in der Monarchie der politische Kern des Nationalsozialismus.

Die Darstellung der verfassungsrechtliche Lage 1918 bis 1938 (Wiederin) wird in den Einzelbeiträgen immer wieder durch die Bezüge zu den themenrelevanten Rechtsnormen sowie zur konkreten Realität der Verfassung von 1934 ergänzt. In der Verfassung 1934 hieß es zwar, dass die Zulassung zu öffentlichen Stellungen, Ämtern und Würden vom Religionsbekenntnis unabhängig sei, doch folgte die Einschränkung, dass für den Schuldienst Ausnahmen von diesem Grundsatz durch Gesetz aufgestellt werden konnten (Spevak). Im »Ständestaat« ergingen allerdings keine speziellen Gesetze, die Juden ausgrenzten oder diskriminierten (Tálos), doch wurden die – auch die Juden schützenden – rechtlichen Bestimmungen entweder umgangen oder einzelne Normen dazu missbraucht, um antisemitisch motivierte Maßnahmen zu setzen. Beispiele dafür sind etwa die Gewerbeordnung 1933 (Eminger) oder das neue Hochschulgesetz (Staudigl-Ciechowicz). Für die Verhältnisse an den Hochschulen prägt Koll daher den Begriff der »legistischen Glasur«. Weitere Beispiele finden sich im Schulsektor (Spevak) oder im Beitrag über Otto Ender (Melichar), wobei jener zeigt, dass es eine inoffizielle Vereinbarung gab, keine Juden mehr in den öffentlichen Dienst aufzunehmen.

Wie Wohnout feststellt, klappte also »zwischen dem geschriebenen Verfassungstext und der täglichen Realität im Österreich der Jahre 1934 bis 1938 eine tiefgreifende Diskrepanz.« Dies wird auch etwa im Beitrag von Reiter-Zatloukal deutlich, der ei-

nerseits zeigt, wie bestehende Normen faktisch ausgehebelt oder in – auf den ersten Blick unauffälliger Weise – an antisemitische Praktiken angepasst wurden. Trotzdem werden die noch vorhandenen rechtsstaatlichen Handlungsspielräume sichtbar, insbesondere die Möglichkeit, bei bestimmten Rechtsbrüchen die Gerichte anzurufen. Wenngleich diese Strategie vor dem Verfassungsgerichtshof oder den Zivilgerichten durchaus Erfolg haben konnte, so scheinen im Bereich antisemitisch motivierter Gewalt jedoch weder Polizei noch Justiz hinreichend Schutz für jüdische Gewaltopfer geboten zu haben (Rothländer, Schneider).

»Arierparagraph« und Numerus clausus

Die Forderung nach »Arierparagraphen« und Numerus-clausus-Regelungen fanden in vielen Gesellschaftsbereichen ihren Ausdruck und hatten eine lange Tradition. Auch ohne rechtliche Grundlagen wurden Juden aber bereits vielfach faktisch von Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden oder von Berufen ausgeschlossen sowie aus Tourismusorten vertrieben, wozu sich in den Beiträgen zahlreiche Beispiele finden. Ein derartiger Ausschluss von Juden begann im 19. Jahrhundert in den Burschenschaften (Lind) und im Vereinswesen (Ehs). Arierparagraphen finden sich in den 1920er Jahren etwa bei der »Villacher Urania« (Stifter), im »Österreichischen Alpenverein« (Albrich, Arnbom, Marschik), in Regionalvereinen (Lind), beim »Österreichischen Touristenclub«, der keine jüdischen Mitglieder mehr aufnahm (Arnbom), in der Großdeutschen Volkspartei (Wladika) oder im »Deutschösterreichischen Gewerbebund« (Eminger) sowie im Bereich der Lehrerschaft (Ebner). Eine weitere Facette zeigt sich beim »Österreichischen Jungvolk«, wo man nicht einmal getaufte Juden aufnehmen wollte (Koll).

Während der Arierparagraph einen Ausschluss der Juden aus vielen Lebensbereichen anstrebte, zielte die Forderung nach einem Numerus clausus auf eine zahlenmäßige Beschränkung der Juden. So wurde etwa ein Numerus clausus für die Universitäten und Hochschulen gefordert, aber etwa auch für jüdische Ärzte und Anwälte (Reiter-Zatloukal) sowie für Journalisten (Albrich). Darüber hinaus bestand ganz allgemein die Forderung nach einem Numerus proportionalis für alle akademischen Berufe (Koll), also nach einer Zurückdrängung der Juden auf einen ihrem Prozentsatz an der Gesamtbevölkerung entsprechenden Anteil.

Im Zusammenhang mit derartigen Versuchen, Juden und Jüdinnen aus bestimmten Akademikerberufen zu drängen, finden sich darüber hinaus auch Forderungen nach neuen gesetzlichen Regelungen, zu denen es erst unter der NS-Herrschaft kommen sollte, wie z. B. nach einer die Berufstätigkeit jüdischer Ärzte unbedingt verhin-dernde »Ausländerklausel« (Reiter-Zatloukal).

Regierungsposition

In der Verfassung 1934 wurden zwar die staatsbürgerlichen Rechte der Juden gegenüber der Verfassung 1920 zurückgebaut (Wiederin), Juden waren aber nach wie vor in den Organen der Bundesgesetzgebung vertreten, wenngleich diesen Gremien wenig Einfluss zukam (Wohnout), oder aber in der Wiener Bürgerschaft (Mertens). Die institutionelle Einbindung änderte jedoch nichts am weitgehend tolerierten Antisemitismus in vielen Gesellschaftsbereichen. Marschik bringt in seinem Beitrag die Haltung der österreichischen Regierung auf eine allgemeine Kurzformel: Sie »erließ keine gegen Juden gerichtete Gesetze, enthielt sich direkter Angriffe und distanzierte sich vom rassistischen Antisemitismus.« So wies Ende 1937 Bundeskanzler Kurt Schuschnigg, dem die antisemitische Boykottkampagne von Vizebürgermeister Josef Kresse gegen jüdische Geschäfte zu weit gegangen war, diesen im »Neuen Wiener Tagblatt« scharf zurecht (Wohnout).

Regierungsintern lassen sich in den Ministerratsprotokollen jedoch vielfach antisemitische Äußerungen finden, wenngleich häufig nur in der stenographischen Mitschrift überliefert (Neubauer-Czettl). So waren den Protokollen zufolge einige gesetzliche Maßnahmen, z. B. gegen Warenhäuser und betreffend die Gewerbesperre, eindeutig als wirtschaftliche Diskriminierung von jüdischen Kaufleuten und Gewerbetreibenden angelegt, noch verschärft durch eine antisemitische Verbandspolitik. Im Gewerbe hatte der Antisemitismus im »Ständestaat« überhaupt eine neue Qualität erreicht (Eminger). Die Wortmeldungen im Ministerrat belegen klar, dass die Regierungsmitglieder nicht frei von antisemitischen Vorurteilen waren und dementsprechend handelten, sich aber dennoch stets bemühten, einen offenen, nach außen sichtbaren Antisemitismus zu vermeiden, nicht zuletzt, um Kritik aus dem Ausland in Grenzen zu halten (Eminger, Wohnout). Auch auf der Ebene der Landesregierungen wurde offener Antisemitismus vermieden (Ebner).

Dies galt allerdings nicht für alle Vertreter des politischen Katholizismus, einige Namen finden sich immer wieder in den Beiträgen. Die antisemitischen Vorstellungen und scharfen Äußerungen von Politikern, wie Emmerich Czermak, Engelbert Dollfuß, Otto Ender, Robert Krasser, Josef Kresse, Leopold Kunschak oder von Bischöfen wie Johannes Maria Gföllner und Alois Hudal, geben einen tiefen Einblick in das antisemitische Milieu der Jahre vor dem »Anschluss«. Selbst die Forderung nach Konzentrationslagern wurde, etwa von Leopold Kunschak, schon in den 1920er Jahren erhoben (Albrich, Wenninger, Wladika), und bei Emmerich Cermak finden sich Umsiedlungspläne für Juden nach Palästina (Klieber). Ein Otto-Ender-Zitat verdeutlicht die Haltung christlichsozialer Politiker: »Der Jude wird nie Deutscher, nie Franzose, nie Engländer. Er ist und bleibt eben Jude und sollte von Rechts wegen

Bürger nur sein in Jerusalem. In den Bestrebungen des Zionismus steckt Wahrheit. Alles andere ist Unwahrheit. Der Jude ist Jude, und ist bei uns nicht als deutscher Mitbürger, sondern in Wahrheit ist er Gast in unserem Lande« (Melichar). Politiker der »zweiten Reihe« (Lind) zeigten freilich oft noch viel unverhohlener ihren persönlichen oder parteigefärbten Antisemitismus als Regierungsmitglieder.

Parteien

Antisemitismus findet sich in der Zwischenkriegszeit durchgehend im politischen Parteienspektrum Österreichs. Die Beiträge, die den antisemitischen Traditionen und Erscheinungsformen in den Parteien im Allgemeinen oder personenbezogen nachgehen (Bauer, Gehmacher, Klieber, Melichar, Reiter, Scheuch, Wenninger, Wladika, Wohnout) werden noch ergänzt durch Details in den Bundesländern (Ebner, Haas, Hagen, Hofinger, Kerschbaumer, Klösch, Lind, Mertens) und durch Beiträge zu den Heimwehren (Königseder) und der »Vaterländischen Front« (Tálos). Rückgriffe auf das Parteienspektrum der Monarchie (Albrich) oder die Auswirkungen parteipolitischen Agierens von Studierenden an den Universitäten (Erker) sind nur weitere Beispiele. Kaum ein Beitrag kommt ohne Bezüge auf die Spielarten des Antisemitismus in einer der Parteien oder im Vergleich mehrerer Parteien aus, wobei die NSDAP als »schärfste Antisemitenpartei« (Gehmacher) immer wieder zum Vergleich herangezogen wird. Die Bandbreite zwischen antisemitischen Ansätzen in der Sozialdemokratischen Partei und dem offenen Antisemitismus in der Großdeutschen Partei ist dabei groß. Immer wieder gibt es auch Hinweise auf Sonderentwicklungen in den Bundesländern.

An Hand der »Vaterländischen Front«, nach Auflösung der Parteien einziges Sammelbecken für regierungstreue Kräfte, zeigt sich exemplarisch, wie eng verwoben die Themen in den Beiträgen dieses Sammelbandes sind. Die »Vaterländische Front«, innerorganisatorisch eindeutig antisemitisch ausgerichtet (Tálos), nahm nach dem Verbot der Parteien bzw. Selbstauflösung der christlichsozialen Partei eine zentrale Rolle bei Personalentscheidungen auf allen Ebenen des Staates ein. Beispiele dafür lassen sich etwa in der Musik (Mayer-Hirzberger), bei Richtern und Staatsanwälten (Schwarz) oder im Schulsektor (Spevak) aufzeigen. Beim Bundesheer (Schmidl) findet sich der Hinweis, dass der Beitritt des »Bundes Jüdischer Frontsoldaten« »in corpore« auf Ablehnung der »Vaterländischen Front« stieß, da der Bund keine anerkannte Berufsorganisation war. Die jüdische Jugendorganisation wurde nicht ins »Österreichische Jungvolk«, Teil der »Vaterländischen Front«, aufgenommen, sondern in einem eigenen Verband zusammengefasst (Marschik). Signifikant ist etwa auch,

dass im Entwurf einer programmatischen Erklärung der »Vaterländischen Front« die Empfehlung aufscheint, die Zurückdrängung jüdischer Menschen aus dem politischen und wirtschaftlichem Leben auf »kaltem Weg« und für die Öffentlichkeit zunächst »unmerklich« umzusetzen (Mayer-Hirzberger).

Relionsgemeinschaften

Der Katholische Antisemitismus im »Christlichen Ständestaat« stand in der langen Tradition des Antijudaismus (Klieber). Die Betonung des Katholizismus in den Jahren 1934 bis 1938 verstärkte den Ausschluss von Juden, wenngleich sich der Antisemitismus in den Parteiprogrammen der christlichsozialen Partei als Konstante fand. Die Grenzen zum Rassenantisemitismus der Nationalsozialisten waren fließend, wie in katholischen Publikationen, etwa aus dem kircheneigenen Styria-Verlag, nachzulesen ist (Wenninger). Keine maßgebliche Gruppe innerhalb der katholischen Kirche, des politischen Katholizismus, des Vereinskatholizismus oder der katholischen Publizistik trat »entschieden und vorbehaltlos« gegen antisemitische Propaganda und Agitation auf (Wohnout). Antisemitisches Agieren von Geistlichen auf dem Lande (Wenninger), antisemitische Predigten von der Kanzel in Vorarlberg (Hagen) oder antijüdische Theologie in der Stadt Salzburg (Kerschbaumer) gehörten zum Alltag. Als eine der wenigen katholischen Kritikerinnen des Antisemitismus der Katholischen Kirche ist Irene Harand³ zu nennen (Spevak).

Die evangelische Kirche Österreichs, geprägt durch Deutschnationalismus, Antikatholizismus und Antisemitismus, hatte – neben ihren innerkirchlichen Auseinandersetzungen – im »Ständestaat« zunehmend ein gespanntes Verhältnis zu den anderen Konfessionen. Die Erfahrungen von Marginalisierung und Diskriminierung im katholischen »Ständestaat« führten zu Allianzen mit den illegalen Nationalsozialisten und zu einem antikatholischen Elitebewußtsein. Auch die sogenannten Deutschen Christen, innerhalb der evangelischen Kirche zahlenmäßig eine Minderheit, verbreiteten ihre deutschchristliche Theologie. Antisemitismus in der evangelischen Kirche war deutschvölkisch und rassistisch-antisemitisch vermengt mit einem »kulturellen« Antisemitismus, der seinen Ausdruck u. a. in der Modernismuskritik fand. So gab es Bestrebungen im Sinne eines »arischen Christentums«, hebräische Ausdrücke aus der Liturgie und Kirchenliedern zu entfernen. Die Ausschreitungen in der Reichspogromnacht brachten zwar ein Umdenken, doch entwickelte sich kein nennenswerter Widerstand gegen die nationalsozialistische Judenpolitik (Schweighofer).

³ Vgl. ausf. KLÖSCH 2004.